



Propagandistin

Zeitung der Abteilung 16 Grünes Dreieck

AUSGABE NR. 12 AUGUST 2011



**Bildungsnetzwerke /
Elternarbeit**

Heß: Mutter vom Wedding

Kunsthau Tacheles

Griechische Schuldenkrise

Unser Schirmherr **Ilkin Özisik** lädt ein zum

Kinderstraßenfest

der 16. SPD-Abteilung in Berlin-Mitte und des ASB



großes Kinderprogramm:
Hüpfburg
Ponyreiten
Schminken

vielfältiges Bühnenprogramm!

am 20. August von 14:00-18:00
 auf dem Zeppelinplatz
 (Ostender-/Ecke Antwerpener Straße)



Arbeiter-Samariter-Bund
 Regionalverband Berlin-Nordwest e.V.
 V.i.s.d.P. Andreas Wiedermann
 Foto: Siemen Dallmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist wieder soweit: Die neueste Ausgabe der Propagandistin liegt in eure Händen. In diesem Heft geht es verstärkt um Bildung. Ein Thema, das besonders unserem Direktkandidaten für das Abgeordnetenhaus, Ilkin Özisik, am Herzen liegt. Er hat einen Artikel zu einem wichtigen und leider zu selten diskutierten Thema beigetragen, zur ausbildungsorientierten Elternarbeit. Julian Zado, Kreisvorsitzender der Jusos Mitte hat mit seinem Artikel zu Bildungsnetzwerken ebenfalls einen Beitrag zu einem bisher noch nicht allzu breit diskutierten Thema geliefert. Abgerundet wird der Bildungsschwerpunkt dieser Ausgabe von unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden in der Bezirksverordnetenversammlung, Martina Matischok. Sie hat uns einen Bericht über das Sprachförderzentrum im Bezirk Mitte geschrieben.

Es finden sich aber natürlich auch wieder zu einer großen Bandbreite an Themen Artikel in dieser Ausgabe. So hat unsere Schriftführerin, Susanne Fischer einen historischen Artikel über die ehemalige Bürgermeisterin vom Wedding, Erika Heß, verfasst, um diese große Sozialdemokratin auch in der Propagandistin zu ehren. Unser ehemaliger Abteilungsvorsit-

zende Johannes Berger hat sich intensiv mit der Euro-Krise und der griechischen Staatsverschuldung auseinandergesetzt und uns als Ergebnis eine ausführliche Analyse geliefert, natürlich samt Lösungsvorschlag.

Schließlich steht diese Ausgabe natürlich auch im Schatten des Berliner Wahlkampfes. Nikolaus Kilian analysiert in seinem Artikel die bisherigen Wahlausgänge des Wahljahres 2011 und versucht daraus einen Trend für die Berlinwahl abzuleiten. Hanno Winter schreibt über unser auch dieses Jahr stattfindende Straßenfest und welche Rolle diese arbeitsintensive Aktivität für die Abteilung und die SPD spielt.

Diese Ausgabe ist vor allem durch das Engagement Nikolaus Kilians zustande gekommen, der es geschafft hat trotz Wahlkampf und Straßenfestvorbereitung dafür zu sorgen, dass genügend Artikel geliefert wurden. Nike Marquardt hat sich wie schon beim letzten Mal um das Layout gekümmert. Diesen beiden gehört daher auch der Dank für diese Ausgabe.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Andreas Wiedermann
 (Abteilungsvorsitzender)

IN DIESER AUSGABE:

SCHWERPUNKT

Bildungsnetzwerke 4
 Ausbildungsorientierte Elternarbeit 6
 Sprachförderzentrum Berlin-Mitte 8

AUS DEM KIEZ

Straßenfeste der SPD 10
 Aufruf zur Wachsamkeit 13
 Integrationspreis 2011 15
 Bier für den Kiez 17

HISTORISCHES

Die Mutter vom Wedding 19

DISKUSSIONSFORUM

Tacheles retten! 21
 Das Wahljahr 2011 25

INTERNATIONALES

Griechische Schuldenkrise 27

EINDRÜCKE AUS DER 16 34

POLITISCHES LIED 35

SCHWERPUNKT

Bildungsnetzwerke – Baustein für mehr Chancengleichheit in Mitte?

von Julian Zado

Integration muss verbessert werden? Die Arbeitslosigkeit muss langfristig bekämpft werden? Der Wirtschaftsstandort muss gerettet werden? Egal, um welchen politischen Zusammenhang es gerade auch geht, die Antwort lautet meistens: Wir brauchen mehr Investitionen in Bildung. Soweit sind sich meistens alle einig. Wenn es dagegen um konkrete Konzepte geht, dann wird deutlich, dass es vielen eher um die Bewahrung der gesellschaftlichen Strukturen geht, als um die echte Herstellung von Chancengleichheit. Deutlich wird dies dann, wenn immer noch einige Unverbesserliche grundsätzlich gegen ein längeres gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern sprechen. Die meisten Diskussionen werden dabei auf Landesebene geführt, denn Bildungspolitik ist hauptsächlich Ländersache. Welche Potentiale für Verbesserungen gibt es aber auf Bezirksebene?

Der Bezirk Mitte ist von einer starken Ungleichheit geprägt: Wohnorte wohlhabender AkademikerInnen und soziale Brennpunkte sind oft nur einen Kiez voneinander entfernt. Das bringt viele Probleme mit sich. Den Bezirken obliegt im Kompetenzgefüge der Berliner Bildungspolitik die Verwaltung und Unterhaltung der äußeren Angelegenheiten der Schulen. Außerdem sind sie zuständig für die Festlegung der Einschulungsbereiche der

Grundschulen sowie - unter Genehmigungsvorbehalt der Senatsverwaltung für Bildung - für die Gründung, Zusammenlegung, Umwandlung und Aufhebung der von ihnen verwalteten Schulen. Natürlich kann eine gute Verwaltung schon auch zu spürbaren Verbesserungen im Lernalltag der Schülerinnen und Schüler führen, strukturelle Verbesserungen sind so aber nicht zu erreichen. Deshalb setzen immer mehr Kommunen bzw. in Berlin: Bezirke auf sogenannte Bildungsnetzwerke.

Bildung erwirbt man durch Austausch und Kommunikation. Deshalb verfolgen Bildungsnetzwerke den Grundgedanken, dass wir weg müssen von der abgeschlossenen Einheit einer Schule und hinkommen zu einem Lernzentrum, das alle, die am Bildungsprozess von Kindern mitwirken, zusammen bringt. Dabei sollen zunächst bildungsferne oder arme Eltern stärker in die Schulgemeinschaft eingebunden werden. Sie sollen mehr Verantwortung übernehmen, aber auch die Bindung eines schulischen Netzwerks stärken. Dadurch würden Kinder, die weniger an Schule interessiert sind, engagierter am Schulgeschehen teilnehmen und sich in ihrer Freizeit stärker mit dem Netzwerk und damit mit der schulischen Bildung identifizieren. Gleichzeitig würden Eltern auch mehr in die Verantwortung genommen werden, den Bildungserfolg der Kinder zu fördern. Sie könnten hier auch selbst wertvolle pädagogische Kompetenzen erlernen. Dabei müssen insbesondere auch spezielle Angebote für Eltern mit Migrationshintergrund geschaffen werden. Natürlich bestehen solche Netzwerke im Sinne eines organisierten Informationsaustauschs schon, auch in Mitte. Noch mehr Vorteile können aber durch eine Intensivierung des Austausches, auch unterstützt durch Hauptamtliche, erreicht werden. Mit der Einrichtung eines Bildungsnetzwerks wurden im Neuköllner Rütli-Kiez bereits hervorragende Erfahrungen gemacht. Dort kümmerten sich auch Hauptamtliche um die Organisation des Netzwerks und es wurde dafür gesorgt, dass die Akzeptanz der Bildungseinrichtungen in den Elternhäusern deutlich zunahm.

In einem solchen Bildungsnetzwerk können alle anderen Bildungsinstitutionen und -akteure verbunden werden. Krabbelgruppen, Kindergärten, Kitas, Soziale Dienste und

Weiterbildungseinrichtungen können bei entsprechender Förderung einen regelmäßigen Austausch und eine kontinuierliche Betreuung der Kinder aus einem Kiez organisieren. So können diese zielgerichtet gefördert werden und es wäre möglich auf individuelle Bedürfnisse einzugehen, weil die Stärken und Schwächen der Kindern viel schneller bekannt wären. Eine Schülerin oder ein Schüler würden eben nicht mehr von Bildungsinstitution zu Bildungsinstitution weitergegeben werden, sondern es würde eine ganzheitliche Betreuung stattfinden. Dies allerdings ohne eine organisatorisch schwierige Mammut-Organisation zu schaffen, denn die Institutionen würden nicht zusammengefasst, sondern würden nur ihre Zusammenarbeit ausbauen. Ein zentrales Element solcher Bildungsnetzwerke könnten auch Einrichtungen zur gezielten Sprachförderung sein, die insbesondere spielerische oder kulturelle Möglichkeiten des Spracherwerbs institutionenübergreifend organisieren, wie zum Beispiel Theatergruppen o.ä. Das Bildungsnetzwerk könnte ein abgestimmtes Konzept und eine vernetzte Struktur aller Bildungsakteure schaffen. Auch der Ausbau von Bildungsnetzwerken wird die Bildungspolitik nicht revolutionieren. Sie werden nicht für völlige Chancengleichheit sorgen. Aber vielleicht werden durch sie der Eine oder die Andere mehr auf einen erfolgreichen Bildungsweg gebracht.

Julian Zado ist Vorsitzender der Jusos Mitte.
 Kontakt: julianzado@googlemail.com

Du bist jung und möchtest Dich politisch engagieren?

Dann komm zu den Jusos!

Die Jusos sind die Arbeitsgemeinschaft junger Menschen in der SPD. Die Jusos im Bezirk Mitte treffen sich meistens am 1. und 3. Mittwoch im Monat um gemeinsam zu diskutieren und politische Projekte vorzubringen.

Interesse? Dann melde dich unter jusos-mitte@gmx.de.

Ausbildungsorientierte Elternarbeit an Berliner Schulen etablieren –

Strategie und Methode für eine verbesserte Integration von Jugendlichen in Bildung, Ausbildung und Beruf entwickeln

Von Ilkin Özişik

Die familiäre Erziehung prägt die Bildungs- und Integrationschancen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Seit langem ist bekannt, dass grundlegende Fähigkeiten und Bereitschaften für Lern- und Bildungsprozesse maßgeblich durch das familiäre Umfeld beeinflusst werden. Damit Bildungs- und Ausbildungswege gelingen, müssen Eltern ihre Kinder daher ständig kompetent begleiten, stützen und beraten.

Doch empirische Untersuchungen wie die PISA-Studie zeigen, dass insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund diese wegweisende und motivierende Rolle häufig nicht wahrnehmen können. Beispielsweise fehlt gerade an den entscheidenden Übergängen zwischen Grundschule und weiterführender Schule bzw. zwischen Schule und Beruf vielen Eltern das nötige Wissen, um ihre Kinder entsprechend fördern zu können. Angesichts dieser Entwicklungen ist die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz unser erklärtes Ziel.

In der Öffentlichkeit wurden in den letzten Jahren verstärkt Diskussionen um die Notwendigkeit der Arbeit mit Eltern, der Förderung ihrer Erziehungskompetenzen und ihrer aktiven Beteiligung an Prozessen der Ausbildungs- und Berufsorientierung geführt. Familie und Eltern im Besonderen stellen die

wichtigste Instanz bei der Entscheidungsfindung der Jugendlichen im Berufsorientierungs- und Ausbildungsprozess dar. Damit Jugendlichen mit Migrationshintergrund Teilhabechancen eröffnet werden, muss man ihren Eltern objektive Bewertungsmaßstäbe für Bildungsentscheidungen zur Verfügung stellen.

Gerade Eltern mit Migrationshintergrund haben dabei vielfältige Herausforderungen zu meistern: Zum einen stellt für Neuzuwanderer das gesellschaftliche System auch neue Anforderungen an die Familien. Für viele Eltern verlieren bisherige Erziehungsbilder und Erziehungskompetenzen durch den Migrationsprozess sogar völlig an Geltung. Sie müssen deshalb die neuen Rahmenbedingungen kennen lernen und Strategien entwickeln, kompetent damit umzugehen

Während elternorientierte Integrationsprojekte oftmals die Erziehungskompetenzen im innerfamiliären Bereich in den Fokus rücken, soll ausbildungsorientierte Elternarbeit auch auf die Entscheidungskompetenzen der Eltern einwirken. In den meisten Konzeptionen zur Elternarbeit konzentriert man sich außerdem auf schulische Belange. Doch die elterlichen Entscheidungen sind auch beim Übergang zwischen Schule und Beruf von Bedeutung. Elternarbeit darf daher nicht mit dem Abschluss der Schulzeit beendet werden, sie muss darüber hinausgehen und die beruflichen Perspektiven der Jugendlichen im Blick haben.

Hier setzt ausbildungsorientierte Elternarbeit an: Eltern erweitern ihr Wissen über Möglichkeiten im deutschen Schul- und Ausbildungssystem und verbessern ihre Schlüsselkompetenzen, zum Beispiel Kommunikation, Kooperation, und Konfliktfähigkeit. Diese Qualifizierung trägt zu einem neuen Selbstverständnis bei, schafft Selbstbewusstsein, ein neues Verantwortungsgefühl und erweitert Handlungsmöglichkeiten. Die Eltern vernetzen sich nach außen, zum Beispiel mit anderen Eltern, mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen etc., und beteiligen sich aktiv an schulischen Strukturen, zum Beispiel Teilnahme an Eltern-



Ilkin Özişik ist Kandidat für das Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis 4 in Berlin-Mitte

abenden oder in Elternghremien.

Dies wirkt sich positiv auf den Entwicklungsprozess der Kinder aus. Jugendliche spüren durch die veränderte Wahrnehmung und eine Steigerung der Kompetenz ihrer Eltern, dass diese über wesentlich mehr Handlungsmöglichkeiten verfügen. Dadurch fühlen sich die Jugendlichen ernster genommen und sie erfahren eine wahrnehmbare Unterstützung. Ausbildungsorientierte Elternarbeit ist nicht nur nötig, sie ist auch möglich.

Erfahrungen zeigen jedoch auch, soll eine ganzheitliche und moderne Integration gelingen, braucht es die Energien aller Akteure. Die Verantwortung der Institutionen, sich interkulturell zu öffnen, muss im Blick behalten werden, damit Elternarbeit als Strategie und Methode für eine verbesserte Integration von Jugendlichen in Bildung, Ausbildung und Beruf langfristige Wirkung entfalten kann.

Sprachförderzentrum Berlin-Mitte

»Die Gewalt einer Sprache ist nicht, dass sie das Fremde abweist, sondern dass sie es verschlingt.« Johann Wolfgang von Goethe

Von Martina Matischok

Die Sprachförderung ist ein bezirkswweit notwendiges Thema.

Die Auswertung der im Bezirk Mitte bisher durchgeführten Sprachstandserhebung ergab für die Schulanfänger des Bezirks dramatische Zahlen.

Mehr als die Hälfte aller überprüften Kinder in der Schuleingangsphase wiesen einen Förderbedarf, viele davon sogar einen intensiven, auf. Dem Regelunterricht sprachlich folgen zu können, ist so nicht möglich. Im bezirkswweiten Vergleich hat Mitte entsprechend die schlechtesten Schulabschlüsse von Berlin aufzuweisen.

Es handelt sich dabei nicht um ein ausschließlich migrationspezifisches Problem. Denn ca. jedes zehnte Kind, das einer intensiven Sprachförderung bedarf, hat einen deutschen Hintergrund.

Durch Kooperation der bezirklichen und schulischen Akteure, sowie in Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten, ist in der Sprachförderung eine qualitative Verbesserung zu erreichen. Daneben ist die Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu intensivieren.

Zu diesem Zweck wurde auf Initiative der SPD-Fraktion und in Kooperation mit der

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung das gemeinsame Sprachförderzentrum initiiert, welches am 07. Oktober 2010 eröffnet wurde.

Es handelt sich dabei um eine methodisch didaktische Institution.

Die Angebotspalette ist vielfältig und besteht unter anderem aus

- einer Vielzahl an Medien und Materialien zur Anschauung
- Beratungs-, Ausbildungs- und Fortbildungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer
- Informationen über Unterrichtsentwicklung im Sachunterricht mit dem Schwerpunkt Sprachförderung
- Fachtagungen u. a. zum Thema Sprachförderung, Elternbeteiligung und interkulturelle Kompetenz
- Förderung von Sprachhandlungskompetenz von ein- und mehrsprachigen Kindern mit nicht-deutscher Herkunftssprache bzw. mit Förderbedarf im Umgang mit der deutschen Sprache in der Schulanfangsphase und in der Kita
- Einem wöchentlichen Öffnungsbetrieb mit wechselnden und an die jeweiligen Schulstufen angepassten Themenschwerpunkten
- Initiierung und Begleitung von ausgewählten Modellprojekten zur Sprachförderung.

Daneben wurde ein Verfahren für die fachliche Stellungnahme zu Projektanträgen im Bereich Sprachförderung erarbeitet und Mindeststandards für Sprachförderprojekte festgelegt.

Zur systematisierten Verbesserung in der Sprachförderung gehört auch die Kooperation mit den Bibliotheken, welche didaktische Lesekisten in ihren Bestand aufnehmen, um diese leihweise den Schulen zu Unterrichtszwecken zur Verfügung zu stellen.

Geplant ist eine AG / IG Sprachförderung an Grundschulen, die die besonderen Bedingungen des Sprachlernens an Schulen in sozialen Brennpunkten thematisiert.

Ein bezirkliches Bildungsmonitoring zur Sprachförderung in Schulen, Kitas, Hort- und

Freizeitbereich wird entwickelt, eingeführt und jährlich ausgewertet.

Ein wichtiges Messinstrument zur Ist-Analyse der Sprachförderung in allen Kitas des Bezirks Mitte wird eingeführt, was erstmals dazu führt dass zum Jahresende 2011 eine differenzierte Auswertung erfolgt, welches Kind aus welcher Kita mit welcher vorschulischen Sprachförderung welche Ergebnisse beim Erwerb der deutschen Sprache vorweisen kann. Die erhobenen Daten werden als externe Qualitätssicherung der Arbeit zur vorschulischen Sprachförderung in Mitte eingesetzt.

Die Einwerbung von Drittmitteln hat zur besseren finanziellen Ausstattung ebenfalls hohe Priorität.

Links:

<http://www.berlin.de/rubrik/hauptstadt/politik-aktuell/101007.html>

<http://www.berlin.de/ba-mitte/aktuell/presse/archiv/20100224.1235.156794.html>

Kontakt:

Sprachförderzentrum Berlin-Mitte

Turmstraße 75, 10551Berlin

Unsere Partei braucht mehr Grundsatzdiskussionen!

Daher hat sich in der SPD Mitte ein Lesezirkel geründet. Wir lesen historische und aktuelle politische Texte und politische Romane, um gemeinsam grundsätzliche Diskussionen über Politik und ihre Inhalte zu führen.

Wenn du mitlernen und mitdiskutieren willst, kannst du dich melden bei:

Andreas Wiedermann: andwieder@web.de

oder Klaus Böchel: boechel@gmx.de

AUS DEM KIEZ

Warum die SPD mehr Straßenfeste wie das unsere braucht!

Von Hanno Winter

Die SPD kämpft wie keine andere Partei für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Menschen in Deutschland betrifft und auch nur gemeinsam erreicht werden kann. Während sich die FDP hauptsächlich für die Interessen der Besserverdienenden einsetzt, DIE GRÜNEN ihre Wurzeln in einer Bürgerbewegung gegen Atomenergie und für Umweltschutz haben und sich bis heute über diesen Themen hinaus nur sehr vage zu anderen gesellschaftlich wichtigen Fragen, wie z.B. der Arbeitsmarktpolitik, positioniert haben, tritt die SPD für alle Menschen und für den sozial gerechten Ausgleich aller Interessen in Deutschland ein. Zwar ist die CDU zweifelsohne auch eine Volkspartei, welche den Anspruch hat, Politik für alle Schichten und Interessengruppen unserer Gesellschaft zu machen – jedoch fehlt ihr nicht erst seit Beginn der



Straßenfest 2008 am Nordufer / © Fotos: Siemen Dallmann



Bürgermeister Christian Hanke

Schwarz-Gelben Koalition ein gesamtgesellschaftliches Programm als Antwort auf die Probleme unserer Zeit. Stattdessen wurschtelt sich Merkels CDU ohne Konzept und Kompass von einer Krise zur nächsten und lässt sich in wichtigen Entscheidungen immer wieder von Einzelinteressen und von Klientels beeinflussen (z.B. Atom- und Bankenlobby).

Die SPD hat in den Jahren der Rot-Grünen Koalition sicherlich auch einige Fehler begangen. Sigmar Gabriel hat die Ursachen für das katastrophale Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl auf seiner Rede auf dem Bundestagparteitag im September 2009 in Dresden auf den Punkt gebracht:

»Lasst uns dabei nicht in allzu leichte Erklärungen flüchten: dass es nur daran gelegen habe, dass uns die Menschen nicht richtig verstanden hätten oder wir es nicht richtig erklärt hätten. Wer ein derartiges Wahlergebnis bekommt, der hat mehr als nur ein Kommunikationsproblem. [...] Wir haben uns einreden lassen [...] die politische Mitte sei etwas Festgelegtes, an das man sich anpassen müsse, wenn man Wahlen gewinnen will. Der Politologenglaube, man müsse sich einer vermeintlich festgelegten Mitte annähern, wenn man noch Wahlen gewinnen will, statt sie mit eigenen Antworten und Konzepten

wieder für sich zu gewinnen, ist – so glaube ich die eigentliche Ursache für unsere Wahlverluste. [...] Statt die Mitte zu verändern, haben wir uns verändert. [...] Wir müssen [...] zuerst zuhören, damit wir den Lebensalltag in Deutschland auch richtig verstehen, und dann gemeinsam mit ihnen politische Konzepte erarbeiten, die ihnen Aufstieg und Teilhabe auch dann ermöglichen, wenn sie nicht in der klassischen sozialdemokratischen Großbetriebsstruktur ihren Weg machen. [...] Wir dürfen uns nicht in die Vorstandsetagen und Sitzungsräume zurückziehen. Unsere Politik wirkt manchmal aseptisch, klinisch rein, durchgestylt, synthetisch. Auch das müssen wir ändern. Wir müssen raus ins Leben, dahin, wo es laut ist, dahin, wo es brodeln, dahin, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt. Wir müssen dahin, wo es anstrengend ist, liebe Genossinnen und Genossen, weil nur da das Leben ist, wo es anstrengend ist. Nur da, wo es anstrengend ist, da ist das Leben!«

Die SPD schöpft ihre Kraft aus ihrer Basis und ihren Mitgliedern in den Ortsvereinen und Arbeitsgruppen. Die Stärke der SPD war es immer und sie muss auch es auch in Zukunft bleiben, dass wir mit den Menschen, Vereinen und Bürgervereinigungen im Dialog stehen, ihre Probleme und Wünsche verstehen. Unser Interesse an den Bedürfnissen der Menschen darf aber nicht immer erst dann geweckt werden, wenn gerade wieder Wahlen anstehen. Die Menschen haben ein sehr gutes Gespür dafür, ob das Interesse an ihren Problemen und Wünschen ehrlich gemeint ist, oder es nur ein Instrument für den Wahlkampf ist, um möglichst viele Stimmen zu erhalten. Natürlich muss und wird es immer einen heißen Wahlkampf mit vielen Plakaten und Infoständen geben, Um Wähler zurückzugewinnen, neue Wähler zu überzeugen und unsere Stammwähler zu halten, muss die SPD aber kontinuierlich im Dialog mit den Bürgern, Vereinen und Initiativen stehen. Erst wenn die Menschen merken, die SPD hört mir zu, versteht meine Lebenssituation und nimmt sich tatkräftig meiner Anliegen an, werden wir wieder zur alten Stärke zurückkehren.

Wir sind stolz, dass wir in unserer Abteilung »Grünes Dreieck« diesen kontinuierlichen Dialog mit den Bürgern unseres Abteilungs-



gebietes seit Jahren pflegen und uns für ihre Belange einsetzen. Das Straßenfest unserer Abteilung, welches alle zwei Jahre im Wechsel im Sprengel- und Brüsselerkiez stattfindet, ist daher eines der wichtigsten Anliegen unserer Abteilung. Das Fest soll den Zusammenhalt der Anwohner stärken und die Neugier der Besucher auf unseren unverwechselbaren Kiez wecken. Das Fest bietet eine großartige Plattform sich mit den Initiativen, Vereinen, Institutionen zu vernetzen und mit den Bürgern in Dialog zu treten. Aber auch Unterhaltung, Spaß und Stärkung der Kiezidentität liegen uns am Herzen. Wie in den letzten Jahren zuvor wollen wir ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm mit vielen Bands und politischen Diskussionen auf die Beine stellen. Natürlich wollen wir auch wieder ein tolles Kinder- und Jugendprogramm auf dem Fest anbieten. Der riesige Ansturm der Kinder auf unser Fest in den letzten Jahren hat uns immer wieder deutlich vor Augen geführt wie wichtig es ist, den Kindern in unserem Kiez die Möglichkeit zum Spielen und sportlichen Wettkampf zu geben. So planen wir wieder einen Kinderparcours mit Hüpfburg, Ponyreiten, Torwandschießen und vielem mehr. Damit das Fest gelingen kann brauchen wir

aber tatkräftige Unterstützer, die sich bei den Vorbereitungen vor dem Fest, beim Auf- und Abbau und während des Festes oder auch durch Spenden beteiligen. Daher bitte ich alle GenossInnen und Freunde dieser Abteilung unser Fest tatkräftig zu unterstützen. Wer nun Lust bekommen hat sich bei den Vorbereitungen zu beteiligen kann sich gerne an mich (hanno_winter@web.de) wenden.



Aufruf zur Wachsamkeit!

hatten auch bereits einige Wochen zuvor ein zerrissenes Plakat im Sprengelkiez gefunden, aus dem Ilkins Bild gezielt herausgerissen wurde. Neu und sicher von niemanden erwartet ist allerdings, dass bei uns im Abteilungsgebiet eine anscheinend gut koordinierte Aktion von Nazis stattfand. Die große Anzahl der überklebten Plakate deutet daraufhin, dass mehrere Personen sich gut abgesprochen haben. Auch müssen wir davon ausgehen, dass zumindest ein Teil dieser Personen in unserem Abteilungsgebiet wohnt, da die Plakate erst 24 bis 36 Stunden hingen als sie überklebt wurden.

Dies alles mahnt zur Wachsamkeit und zu erhöhter Vorsicht! Wir können und werden nicht zulassen, dass Nazis unsere KandidatInnen oder andere Menschen rassistisch beleidigen oder auf andere Weise versuchen das solidarische Miteinander in unseren Kiezen zu bedrohen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

viele von euch haben es mitbekommen als sie vergangenen Monat durch den Kiez gelaufen sind. Wir hatten für ein Bürgerpicknick im Sprengelpark Plakate in die Hauseingänge geklebt. Neben unserer Stadträtin für Finanzen und Kultur, Dagmar Hänisch, war unser Direktkandidat für das Abgeordnetenhaus Ilkin Özisik auf ihnen abgebildet. In einer nächtlichen Aktion vom 13. zum 14.7. wurden fast flächendeckend alle Plakate im Sprengelkiez mit NPD-Aufklebern verunstaltet. Dabei wurde systematisch das Foto von Dagmar überklebt, so dass neben Ilkins Porträt der NPD-Slogan „Früher gab’s Räuber nur im Wald“ zu lesen war.

Vor ungefähr zwei Jahren hat sich das Bündnis Mitte gegen Rassismus nicht zuletzt durch das Engagement vieler unserer Abteilungsmitglieder gegründet, nachdem in einer Nacht im U-Bahnhof Rehberge und im U-Bahnhof Leopoldplatz brutale Überfälle von Nazis auf Menschen mit Migrationshintergrund und auf Menschen mit einer alternativen Lebensweise stattfanden. Vergangenes Jahr musste sich das Bündnis vor allem mit einer freien Kameradschaft auseinandersetzen, deren Aktionsschwerpunkt in unseren Nachbarkiezen lag.

Sicher ist es nicht überraschend, dass Nazis ein Problem damit haben, wenn Menschen mit Migrationshintergrund in das Abgeordnetenhaus einziehen. Wir haben alle damit gerechnet, dass es fremdenfeindliche oder rassistische Auslassungen Vereinzelter bei Wahlkampfveranstaltungen geben wird als Ilkin zu unserem Direktkandidaten gewählt wurde. Wir

Es gibt keine bekannte personelle Kontinuität zwischen den Übergriffen vor zwei Jahren, der inzwischen inaktiven freien Kameradschaft und der neuesten rechten Aktion im Sprengelkiez. Gerade das empfinde ich als besonders erschreckend. Denn der Verdacht liegt nahe, dass wir es mit einem Phänomen auch hier im Wedding zu tun haben, dessen Potential größer ist als wir bisher vermutet haben.

Immer häufiger scheint es AnwohnerInnen zu geben, die nicht nur insgeheim mit rechten Parteien und Gruppen sympathisieren, sondern auch bereit sind aus eigenem Antrieb heraus ihrem fremdenfeindlichen und rassistischen Weltbild durch politische oder gewalttätige Aktionen Ausdruck zu verleihen.

Wir müssen als Abteilung diesem erschreckenden Trend entgegenwirken. Wir sollten uns inhaltlich mit dem Phänomen Rechtsextremismus stärker auseinandersetzen und uns darin schulen, ihm entgegenzuwirken. Wir sollten verstärkt wachsam sein und in unserem Alltag im Kiez auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus reagieren. Daher bitte ich euch unbedingt: Wenn euch etwas auffällt, sagt mir oder anderen AnsprechpartnerInnen, die ihr kennt, Bescheid.

Die Reaktionen im Sprengelkiez auf die NPD-Aufkleber war eindeutig: Viele Aufkleber wurden von AnwohnerInnen aus eigenem Antrieb entfernt. Das Picknick im Sprengelpark fand wie geplant statt und war sehr gut besucht. Viele haben uns ihre Empörung über die Menschen verachtende Aktion der Nazis zum Ausdruck gebracht. Die Menschen in unseren Kiezen wollen ein solidarisches Miteinander, sie sind gegen Rassismus. Dies müssen wir um jeden Preis verteidigen!

Mit solidarischen und antifaschistischen Grüßen,

Andreas

Wenn ihr selbst über die Abteilungsarbeit hinaus aktiv gegen Rechts im Wedding werden wollt könnt ihr auch Kontakt zum Arbeitskreis »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« der SPD Mitte Kontakt aufnehmen:
<http://akgmf.wordpress.com/>

Ebenfalls freut sich das Bündnis Mitte gegen Rassismus über jede Unterstützung:
<http://mittegegenrechts.wordpress.com/>

■ İlkin Özizik und die SPD-Abteilung „Grünes Dreieck“ laden ein

„SPD Picknick im Sprengelpark“



İlkin Özizik
Direktkandidat der SPD für den Sprengelkiez



Liebe Kiezbewohnerinnen und Kiezbewohner, ich lade Sie ein zu einem Picknick im Sprengelpark. Eine gute Gelegenheit um bei einem Imbiss und Getränken einen entspannten Sonntag im Sprengelpark zu verbringen, Ihren Direktkandidaten kennenzulernen und mit mir und unserer Bezirksstadträtin in Mitte, Dagmar Hänisch, über gute Politik für Mitte und Berlin zu sprechen. Ich freue mich auf Sie!

Ihr İlkin Özizik
Direktkandidat der SPD in Moabit-Nord und Wedding-Süd



am Sonntag, dem 17. Juli 2011
14.00 – 17.00 Uhr
Sprengelpark an der Sprengelstraße
www.ilkin.info

V.i.S.d.P.: A. Wiedemann, SPD Grünes Dreieck, c/o SPD Kiez Mitte, Müllerstr. 16A, 10333 Berlin

Eins von ca. 200 überklebten Plakaten

Integrationspreis 2011 der BVV Mitte von Berlin

von Martina Matischok

In der Sitzung der BVV am 18.09.2003 wurde folgendes Ersuchen beschlossen:

»Die BVV Mitte vergibt jährlich einen Preis für gelungene, vorbildliche Projekte und

Initiativen zur Integration ausländischer Mitbürger im Bezirk. Als Preisgeld sind jährlich € 1000 vorzusehen. Die Entscheidung über die Preisvergabe soll durch die BVV Mitte erfolgen, welche die benannten Integrationsprojekte und -initiativen bewertet. Die Vorsteherin oder der Vorsteher der BVV übergibt den Preis im Rahmen einer öffentlichkeitswirksamen Form.«

Ab dem Jahr 2005 wurde das Preisgeld auf 2.000,- € erhöht. In den Jahren 2009 und 2010 kam es auf Grund der angespannten Haushaltslage des Bezirks nicht zur Auslobung des Integrationspreises. Eine Wiederbelebung der Preisvergabe erfolgte im Einvernehmen der Mitglieder des Ausschusses Soziale Stadt Anfang dieses Jahres. Die BVV Mitte lobte nunmehr den Integrationspreis 2011 in Höhe von bis zu 2.000,- € für Projekte und Initiativen zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwandern aus.

Einzelpersonen, Projekte, Vereine und Institutionen konnten in der Zeit vom 01.02.2011 bis 30.04.2011 von in Berlin lebenden Einwohnerinnen und Einwohner vorgeschlagen



© Foto: Nadine Lind

werden.

Vom Vorschlagsrecht wurde reger Gebrauch gemacht: 14 interessante Vorschläge gingen ein, sodass die Jury, bestehend aus den Mitgliedern des Ausschusses für Soziale Stadt der BVV Mitte, die Qual der Wahl hatte. Integrationsfördernde Maßnahmen mit hoher und nachhaltiger Wirkung für den Bezirk Mitte, Originalität der Idee, mögliche Vorbildwirkung und parteipolitische Neutralität sind Hauptkriterien bei der Entscheidung zur Vergabe des Integrationspreises.

Die Vergabe des Integrationspreises 2011 erfolgt im Rahmen der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin am Donnerstag, den 23. Juni 2011. Den diesjährigen Preis erhielten Herr Thomas Sutter stellvertretend für das ATZE Musiktheater und Klaus Wittig stellvertretend für das Tageszentrum Wiese 30 KBS e.V. (Kontakt- und Beratungsstelle e.V.).

Wer sind die Preisträger?

Thomas Sutter

Thomas Sutter ist Intendant des ATZE Musiktheaters, Autor, Komponist und Schauspieler.

ATZE ist Deutschlands größtes Theater- und Konzerthaus für Kinder mit über 60.000 Zuschauern pro Jahr allein in Berlin. Im großen Theatersaal finden 509 Besucher Platz, in der Studiobühne weitere 170 Theatergäste. Durch Tourneen, Gastspiele, sowie Sendungen auf KiKa ist das ATZE Musiktheater weit über die Grenzen Berlins hinaus bekannt.

Hauptzielgruppe sind Familien mit Kindern von 4 bis 13 Jahren.
Weiter lesen unter: <http://www.berlin.de/ba-mitte/org/kulturamt/atze.html>

Bei den Inszenierungen »Ayla – Alis Tochter« und »Kelogan und die vierzig Räuber« wurde der interkulturelle Ansatz als besonders gelungen bescheinigt. Besonders wertvoll gilt die Zusammenarbeit des Theaters mit der Ernst-Schering-Oberschule in Wedding. Die Schülerinnen und Schüler wurden direkt in die Aufführungen einbezogen.

Diese Aufführungen geben einen Einblick in das Leben einer türkischen Familie, das Leben von türkischstämmigen Menschen in Deutschland, Vorurteile, Liebe, Ehre, Gleichberechtigung etc. und tragen somit bei zum gegenseitigen Kennenlernen, besseren Verstehen und Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen. Der Vorschlag wurde eingereicht von Kadriye Karci.

Wiese 30

In den 80er Jahren entwickelte sich in Berlin eine innovative, psychosozial-gemeindepsychiatrische Projektlandschaft, die den Prozess des kontinuierlichen Bettenabbaus in der Psychiatrie forcierte. Aus einer Arbeitsgruppe der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Wedding entstand 1984 der Trägerverein einer Kontakt- und Begegnungsstätte (KBS) für psychisch kranke Menschen im Bezirk - der KBS e.V., der noch im selben Jahr Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin wurde.

Weiter lesen: <http://www.kbsev.de/wir.html>

Mit dem Tageszentrum »Wiese 30« wird ein sozialpsychiatrisches Projekt für seine außergewöhnliche Öffnung und bedarfsgerechte Gestaltung des Angebots an Migranten ausgezeichnet. Durch vielfältige Aktionsfelder und hohe Kreativität und durch das stetige Wirken in der Öffentlichkeit ist es dem Tageszentrum gelungen, eine hohe Akzeptanz für psychisch kranke Menschen herzustellen. Hervorzuheben ist hier der hohe Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund (60%) unter den zu betreuenden Klienten – soziale Integration mit multikulturellem Ansatz.

Der Vorschlag wurde eingereicht von Dr. C. Flötotto.

Allen anderen Bewerberinnen und Bewerbern bedanken wir uns für das Vorschlagen von Projekten, Initiativen und Vereinen. Wir haben uns bei der Vielzahl der interessanten Beiträge die Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir können stolz darauf sein, dass es so viele gute integrativ wirkende Handelnde im Bezirk Mitte gibt.

Bier für den Kiez – oder wie soziale Unternehmer/innen die Welt retten

Artikel und Fragen von Julian Zado

»Parteienverdrossenheit« ist ein Stichwort, das immer wieder genannt wird, wenn man sich um Erklärungen bemüht, warum Parteipolitik bei immer weniger Menschen auf Interesse stößt. Gleichzeitig wird betont, dass junge Menschen sich gerne engagieren möchten, aber eben in sogenannten »alternativen« Beteiligungsformen. Eine Möglichkeit, sich in konkreten Projekten zu engagieren, sind soziale Unternehmen. Statt »Coca Cola« kannst Du Deinen Durst nun bspw. mit »LemonAid« löschen und damit Entwicklungshilfeprojekte unterstützen. Anstelle von »Evian« gibt es jetzt »viva con agua«, ein Mineralwasser, hergestellt von einem gemeinnützigen Verein, der gegen die Wasserarmut in der Welt kämpft. Solche Projekte sind schwer im Kommen. Die Propagandistin hat sich auf die Suche nach sozialen UnternehmerInnen in Berlin begeben. Fündig geworden sind wir bei einem Bierprojekt. Statt mit »beck's« kann man hier auch mit »Quartiermeister – Bier für den Kiez« anstoßen. Dieses soziale Bier setzt sich für gemeinnützige Projekte in Deiner Nachbarschaft ein und wurde dafür unlängst von der »Robert Bosch Stiftung« unter dem Motto »Verantwortung übernehmen« für zukunftsweisendes Engagement ausgezeichnet.

Entscheidend ist, dass diese sozialen Unternehmen nicht in erster Linie kommerziell

orientiert sind und ihr wohltätiges Handeln nicht aus Imagegründen pflegen. Anders als z. B. »Krombacher«, das damit warb, mit 1 Cent pro Flasche den Regenwald zu schützen, betreiben soziale Unternehmen kein »Greenwashing«. Vielmehr richten sie ihr gesamtes Handeln am Markt allein an ihrem gemeinnützigen Zweck aus.

Was genau Quartiermeister macht und wie das Projekt funktioniert, wollten wir von Philipp Bauer erfahren, der sich für Quartiermeister e.V. als Schatzmeister engagiert...
Propagandistin: Quartiermeister ist ein »soziales Bier«. Was bedeutet das?

Philipp Bauer: Zuerst einmal ist Quartiermeister ein gutes Bier! Ein Pils, das besser schmeckt als die anderen. So wollen wir auch wahrgenommen werden. Aber ja, wir sind radikal sozial und investieren 100 % unserer Gewinne in gemeinnützige Projekte. Das sind drei Euro pro Kasten, garantiert!

Propagandistin: Wie funktioniert das?

P.B.: In Berlin und seit Neustem auch in Frankfurt a. M. produzieren zwei regionale, inhabergeführte Brauereien aus regionalen Zutaten Bier für uns. Das füllen wir ab und beliefern damit Kneipen und Getränkehandel in Berlin bzw. Frankfurt. Dort wird Quartiermeister dann an die Leute im Kiez ausgeschenkt...

Propagandistin: ...die sicher nicht ganz wenig dafür bezahlen.

P.B.: Falsch! Wir verkaufen das Bier an die Kneipen zu einem Preis, der nicht über dem der »Fernseh-Biere« liegt. Die Kneipen schlagen ihre gewöhnliche Marge auf. In berlinischen Kneipen gibt es die Flasche Quartiermeister für 1,80 bis 2,50 Euro.

Propagandistin: Und die sozialen Zwecke?

P.B.: Wir fördern dann mit unseren Gewinnen Sozialprojekte in den Kiezen der Leute, die Quartiermeister trinken. Zuletzt waren das häufig Bildungsprojekte für unterprivilegierte Menschen, z. B. »Bildung ohne Grenzen«. Aber das ist nicht Alles! Wir schaffen insge-

samt einen nachhaltigen regionalen Wirtschaftskreislauf: kleine regionale Brauereien, Zutaten von Landwirten aus der Region, Kneipen am Ort. So vermeiden wir nicht nur lange Transportwege und schonen die Umwelt, sondern schaffen Arbeitsplätze, die die Region so dringend benötigt.

Propagandistin: Ein hehres Ziel!

P.B.: Nein! Ein realistisches. Wir zeigen, dass in unserem System auch eine andere, am Gemeinwohl orientierte Form des Wirtschaftens möglich ist. Eine Form des Wirtschaftens, von der Alle profitieren. Wer Quartiermeister trinkt, trinkt ein – nach marktwirtschaftlichen Kriterien – gutes Bier. Wer Quartiermeister trinkt, tut aber gleichzeitig auch Gutes für seine Nachbarschaft. Und das, ohne selbst auch nur einen Cent zu spenden!

Propagandistin: Viel Arbeit ohne eigenen Gewinn! Was treibt Euch an?

P.B.: Wenn alle Bierfreunde/innen in Deutschland nur noch Quartiermeister tranken, gingen jährlich 3,6 Mrd. Euro an gute Zwecke... (lacht)...die Weltrettung wäre nahe! Im Ernst: Unser Werk ist sinnvoll und hat Potenzial. Und es macht einfach verdammt viel Spaß!

Propagandistin: Wie kann man Euch unterstützen?

P.B.: Werde Quartiermeister/in! Gehe in Kneipen und erzähle unsere Geschichte! Wenn Du Dich zusätzlich ehrenamtlich für Quartiermeister engagieren möchtest, dann werde Mitglied in unserem Verein! Mehr erfährst Du unter www.quartiermeister.org.

Propagandistin meint: Natürlich lassen sich viele gesellschaftliche Probleme nicht „im Kleinen“ lösen. Aber Quartiermeister ist ein super-Projekt, das konkrete Verbesserungen vor Ort in unseren Kiezen erreicht. Engagement lohnt sich. Und wer das nicht möchte oder sich woanders einbringt, kann völlig ohne Mehraufwand durch den Kauf des richtigen Bieres etwas gutes tun.



HISTORISCHES

Die Mutter vom Wedding – Zum 25. Todestag von Erika Heß

Der Wedding ist rau, direkt und lässt sich manchmal doch im Sturm erobern – sogar von der Politik. Erika Heß war eine von denen, die es schafften, sehr schnell im Wedding anzukommen.

Von Susanne Fischer

Noch heute ist die ehemalige Bürgermeisterin im Wedding ein Begriff und die, die sie damals erleben durften, schwärmen noch immer von einer Frau, die so sehr mit ihrem Bezirk verschmolz und sich für ihn aufrieb, dass man ihr den Spitznamen »Mutter vom Wedding« verlieh. Dabei war Erika Heß der

Weg zur Weddinger Bürgermeisterin keinesfalls in die Wiege gelegt – eher im Gegenteil. Überraschend mag auch sein, dass Erika Heß nicht so lange ihr Amt ausübte, wie man bei der Liebe, die ihr der Wedding noch heute entgegenbringt, meinen müsste.

Geboren wurde die »Mutter vom Wedding« als Erika König 1934 im westfälischen Hachen. Nach der Schule machte sie eine Ausbildung zur Industriekauffrau und arbeitete als Leiterin der Verkaufsabteilung eines mittleren Industriebetriebs in Westfalen.

Erst nach ihrer Heirat mit Hans-Jürgen Heß führt sie ihr Weg 1961 nach Berlin und in die SPD – allerdings nicht im Wedding, sondern im gutbürgerlichen Zehlendorf. Schon als Neumitglied engagierte sich Erika Heß für die Bezirkspolitik. Zunächst ehrenamtlich in der Sozialkommission und als Elternvertreterin, ab 1967 als Bürgerdeputierte und schließlich 1972 als Mitglied der BVV-Fraktion in Zehlendorf. Im Jahr 1975 wurde sie dann stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Jugend und Sport. Aufmerksam wurde man auf Erika Heß, als sie in Zehlendorf den Bezirksbürgermeister krankheitsbedingt vertrat. Auch wenn Erika Heß in Zehlendorf großes Ansehen genoss und sehr engagiert



Eisstadion Erika Heß

war, führte sie ihr Weg 1981 in den Wedding, wo sie Bezirksbürgermeisterin wurde. Die Weddingler suchten einen Kandidaten für das Bürgermeisteramt und Erika Heß gewann die Sympathien der Partei vor Ort schon bei ihrer ersten Vorstellung.

Für beide Seiten, Erika Heß und die Weddingler, scheint es eine Art von Liebe auf den ersten Blick – oder das erste Gespräch gewesen zu sein.

Erika Heß, die gerne einfach und zwanglos auf die Menschen zugeht und offen und ehrlich über Probleme redete, fand in den Weddingern Gleichgesinnte. Durch zahlreiche Gespräche vor Ort und mitreißende Reden, mit denen die begnadete Rhetorikerin ganze Säle fesseln konnte, eroberte sie nicht nur die Herzen der Menschen im Wedding, sie gab ihnen zu verstehen, dass sie die Sorgen und Probleme »ihrer Weddingler« ernst nahm und alles tat, um Steine aus dem Weg zu räumen. Ihr Durch-

setzungsvermögen gegenüber Verwaltungen und Politik wurde dabei legendär und folgte stets ihrem Amtsverständnis, dass Politik für die Menschen da sei und nicht umgekehrt. Erika Heß sah sich wahrlich als Repräsentantin der Bürger im Wedding und nicht als deren übergeordnete Leiterin oder Repräsentantin ihrer Partei. Diese Position mag nicht immer konfliktfrei gewesen sein, sorgte aber dafür, dass die Menschen in ihrem Bezirk als »Mutter vom Wedding« ins Herz schlossen.

1986 verstarbt die zweifache Mutter und Bezirksbürgermeisterin nach langer, schwerer Krankheit. An ihrer Beerdigung nahmen mehrere tausend Weddingler teil, um sich so von einer Politikerin zu verabschieden, die es schaffte, in ihrer nicht allzu langen Amtszeit die Herzen vieler Bürger zu berühren und allen weiteren Bezirksbürgermeistern ein Vorbild zu sein.



Eishalle Erika Heß.

DISKUSSIONSFORUM

Tacheles retten!

Architekturdenkmal mit historischer Bedeutung. Internationaler Kunst- und Kulturtreff seit über 20 Jahren. Das letzte unabhängige nicht kommerzielle Kunsthaus in Berlin-Mitte. Das ist das Tacheles. Oder das war es bisher. Das Gebäude und das angrenzende Gelände sollen zwangsversteigert werden. Über das Schicksal des Kunsthauses Tacheles in der Oranienburger Straße in Berlin-Mitte kann nur spekuliert werden.

von Nike Marquardt

Von der Einkaufspassage zum besetzten Künstlerhaus

Das Gebäude wurde 1909 als Kaufhaus mit dem Namen Friedrichstraßenpassage eröffnet, musste jedoch bereits ein halbes Jahr später Konkurs anmelden. Ab 1928 wurde das Haus von der AEG genutzt und fortan als »Haus der Technik« bezeichnet. Anfang der 1930er-Jahre wurde das Gebäude zunehmend von NSDAP-Mitgliedern genutzt. In der DDR wurde der Bauteil Oranienburger Straße durch das Kino CAMERA, die Fachschule für Außenwirtschaft sowie durch die Artistenschule der DDR genutzt.

Obwohl das Gebäude während des Zweiten Weltkrieges nur mittelmäßig beschädigt wurde, sollte es auf Grund von Statikgutachten in den 1980er Jahren schließlich abgerissen werden. Das Kino wurde geschlossen und der noch komplett erhaltene Kuppelbau gesprengt. Der noch heute stehende Teil sollte laut Plan im April 1990 abgebaut werden. Kurz vor der planmäßigen Sprengung wurde das Gebäude am 13. Februar 1990 jedoch von der »Künstlerinitiative Tacheles« besetzt. Durch Verhandlungen mit der Baudirektion Berlin-Mitte, die als Rechtsträger für den Komplex zuständig war, und unter Berufung auf den Denkmalschutz versuchten die Beset-



Rückansicht des Kunsthaus Tacheles.

zer, den Abriss zu verhindern. Trotzdem sollte das Haus laut Magistratsbeschluss 150/90 am 10. April 1990 gesprengt werden, worauf die Besetzer beim Berliner Runden Tisch einen Dringlichkeitsantrag stellten, der den Abriss vorläufig stoppen konnte.

Eine neue Hochburg für Kunst und Kultur in Mitte gedeiht

1998 erwarb die Fundus-Gruppe das 1.250 Quadratmeter große Gebäude und das 25.000 Quadratmeter große Areal für 2,8 Mio. D-Mark. Der Tacheles e. V. handelte in der Folge einen Mietvertrag mit dem neuen Eigentümer aus, der bis zum 31. Dezember 2008 galt. Als eher symbolische Mietzahlung wurde eine Mark (50 Cent) pro Quadratmeter pro Monat vereinbart.

Der Komplex, der zuletzt vom Tacheles e.V. und der Gruppe Tacheles betrieben wurde, hatte sich zu einem festen Kunst-, Aktions-, Veranstaltungs- und Kommunikationszentrum in Berlin entwickelt. In dem Gebäude befanden sich unter anderem ca. 30 Künstlerateliers, Ausstellungsflächen und Verkaufsräume für zeitgenössische Kunst, ein Programm kino



Blick von der Panorama-Bar aus.

sowie die sogenannte »Panorama-Bar«. Nach dem Auslaufen des alten Mietvertrags konnte kein neuer ausgehandelt werden. Da der Verein die geforderte Nutzungsentschädigung von 108.000 Euro nicht aufbringen konnte, meldete er Ende 2009 Insolvenz an. Ein Gläubiger der Grundpfandrechte, die HSH Nordbank, strebte im Zuge der Verwertung des Areals die Zwangsversteigerung an und verfügte über einen gültigen Räumungstitel. Die für den 4. April angesetzte Zwangsversteigerung wurde jedoch eine Stunde vor Beginn gestoppt und auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Verhandlungen mit Kaufinteressenten seien noch nicht abgeschlossen, hieß es.

Das Ende des Tacheles?

Das Tacheles zählt neben dem Brandenburger Tor und dem Reichstag zu den meist besuchten Sehenswürdigkeiten Berlins. Das Kunsthaus ist also nicht nur Mekka für Kunst und Kultur, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der Stadt. Nicht zuletzt deshalb hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit dem zukünftigen Investor des Areals geraten, das Kunsthaus Tacheles zu erhalten. Drei große Investoren kommen nach allgemeiner Überzeugung für den Kauf in Frage. Diese sind Harm Müller-Spreer, mit dem Berlin beim Spree-dreieck bereits schlechte Erfahrungen gemacht hat, Karl-Heinz Müller, Geschäftsführer der Bread & Butter GmbH und Harald G. Huth, Entwerfer des Steglitzer Einkaufszentrums »Schloss« und Investor des

Leipziger Platzes.

Was wird aus dem Kunsthaus? Verschiedene Pläne kursieren seit Auslaufen des Mietvertrages im Dezember 2008. Einige dieser Pläne sehen vor, dass auf dem Gesamtgelände ein Hotel gebaut sowie ein neues Quartier nach New Yorker Vorbild entsteht. Zwar wird das unter Denkmalschutz stehende Tacheles-Gebäude in den Gesamtkomplex integriert, doch der marode, brüchige Charme des Hauses wird verschwinden. Von so genannten »Tacheles-Höfen« ist die Rede. Das Künstlerhaus soll ein wenig anders werden – nicht mehr ganz so alternativ, einfach ein wenig schicker. So lassen es die potentiellen Investoren verlauten.

Die Betreiber des Kunsthaus Tacheles arbeiten bis dato an eigenen Lösungen. »Das Tacheles darf kein Kaufhaus werden und das Areal kein zweiter Leipziger Platz«, so der Sprecher der Gruppe Tacheles, Tim Africa, noch vor einigen Wochen. Die Tacheles Gruppe wollte das Gebäude und 1000 Quadratmeter des unmittelbar angrenzenden Areals selbst kaufen und das Kunsthaus erhalten. Der Tacheles e.V. schlägt vor, dass die Stadt das Gebäude kauft und es den Künstlern weiterhin überlässt. Für den Sprecher des Tacheles e.V., Martin Reiter, ist die Diskussion um das Tacheles politischer Sprengstoff. Er sieht den Charme Berlins – »arm aber sexy« – durch diese Entwicklung gefährdet. Reiter ist sich sicher: »Entweder die Stadt kauft das Gebäude jetzt oder dann, wenn der Konflikt eskaliert ist«.

Anlass zur Hoffnung gab zwischenzeitlich eine vermeintliche Vertragsverletzung, die der Investor Fundus Gruppe, dem auch das Hotel Adlon gehört, über die letzten 13 begangen hat. Damals erwarb er das Areal für 6,5 Mio. D-Mark mit der Verpflichtung, in die Dach- und Fachsanierung zu investieren. Dies geschah auch in einer Höhe von 10,4 Mio. D-Mark. Allerdings verpflichtete der Vertrag ebenfalls zur Bebauung. Und dies ist bis heute nicht geschehen. In dem Vertrag ist ausdrücklich geregelt, dass der Verkauf rückabgewickelt werden kann, wenn der Käufer die Realisierungsfrist überschreitet. Dann wäre auch eine Vertragsstrafe in Höhe von 18,4 Millionen Euro fällig. Die Tacheles-Anwälte versuchten also zu klären, ob die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) im Jahr 2008 zu Unrecht auf den Rückkauf verzichtet hat. Ein diese Zustände anprangernder Brief des Bundes der Steuerzahler an Finanzminister Schäuble erhielt jedoch keine erfreuliche Antwort.

Ein erbitterter Kampf

Seit die Zwangsversteigerung Anfang April verschoben wurde, sind die kapitalstarken Investoren zu einer neuen Methode übergegangen, um die Künstler loszuwerden: Die Besetzer werden für das Ausziehen und Überschreiben ihrer Besitzrechte an die Investoren mit beachtlichen Geldsummen entlohnt. Einen Tag nach der geplanten Zwangsversteigerung verließ die Gastro-Gruppe des Tacheles

um den Chef der Zapata-Bar, Ludwig Eben, für eine Million Euro das Haus. Einige Künstler haben das Areal im Innenhof bisher für 4- bis 5-stellige Beträge geräumt. Unter den Künstlern hat es sich herumgesprochen: Wer aus dem Tacheles ausziehen will, muss Michael Schultz ansprechen. Der Rechtsanwalt bietet Bares gegen die Zusicherung, das Künstlerhaus kurzfristig zu verlassen. »Ein Drittel der Hofffläche ist geräumt«, sagt Schultz. Bis Ende des Sommers werde der komplette Hof wieder in Besitz genommen.

Davon will der Wortführer der Künstler im Tacheles-Gebäude, Martin Reiter, nichts wissen: Die »kalte Räumung nach amerikanischen Vorbild« schweiße die Künstler zusammen. Am 2. Juli kam es zu einer »großen Tacheles-Support-Party« mit Unterstützung aus der Clubszene. Und eine Woche später zog eine Parade von Kreuzberg am Tacheles in der Oranienburger Straße vorbei zum Roten Rathaus: Gegen eine »neoliberale Stadtumstrukturierung« im Allgemeinen, für einen »öffentlichen Freiraum« Tacheles im Speziellen.

Im April wurde im Torbogen des Kunsthauses von den Investoren und der HSH Nordbank eine Mauer errichtet, um den Künstlern den Zugang zum mittlerweile geräumten Areal hinter der Ruine zu erschweren. Die Assoziation zur Berliner Mauer liegt auf der Hand und wird dadurch noch verstärkt, dass der Zwangsverwalter wenige Tage vor dem Mauerbau laut Tacheles-Pessesprecherin Linda Cerna noch

zugesichert haben soll, derlei Maßnahmen seien nicht geplant. Ganz in Übereinstimmung mit dem berühmten Zitat Walter Ulbrichts: »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.« Im Rahmen des Künstlerprotests haben die Tacheles-Metallarbeiter eine Brückenskulptur aus Metallrohren angefertigt, welche die Mauer um mehr als das Doppelte überragt und somit den Zugang zum abgetrennten Areal gewährt.

Was können wir tun?

Mit zahlreichen Aktionen haben die Kunsthaus-Betreiber bisher zum Erhalt des Tacheles aufgerufen. An der Kampagne »I support Tacheles« beteiligten sich Menschen aus aller Welt, indem sie sich mit einem Ausdruck des Kampagnen-Logos fotografierten. Unter <http://isupporttacheles.blogspot.com/> kann die internationale Resonanz bestaunt und selber mitgemacht werden. Neben Online-Aktionen wurden erfolgreich Artmobs (analog zu Flashmobs) veranstaltet, welche die breite Unterstützung für das Tacheles lautstark zum Ausdruck brachten. Aber vor allem durch den Besuch des Kunsthauses und durchs Weiter-

sagen kann die Causa Tacheles unterstützt werden.

Das Tacheles ist nicht das erste und nicht das letzte Kunsthaus, das aus Mitte verdrängt werden soll. Auch die ein paar Hundert Meter vom Tacheles entfernte Galerie C/O Berlin wird geschlossen, weil das ehemalige kaiserliche Postfuhramt wirtschaftlicheren Zwecken dienen soll. Eine israelische Investment-Gruppe namens Elad hat das Gebäude gekauft und plant in dem bereits sehr touristisch gewordenen Stadtteil Hotels und Shopping-Malls zu errichten.

Der Ausverkauf Berlins ist in vollem Gange.

Quellen und Links

<http://super.tacheles.de/cms/>
<http://www.kunsthhaus-tacheles.de/institution/history/>
<http://isupporttacheles.blogspot.com/>

© Fotos: Tacheles e.V.

Das Wahljahr 2011 in Deutschland und Berlin

von Nikolaus Kilian

Dieses Jahr ist ein so genanntes Superwahljahr – in sieben Bundesländern wurde oder wird die Landesregierung neu gewählt. In Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bremen wurde bereits gewählt, in Mecklenburg-Vorpommern und eben in Berlin wird im September gewählt werden.

Aber was haben die Wahlen für die SPD gezeigt? Kann man aus den bisherigen Ergebnissen einen Trend ablesen? Sowohl für die Berlin-Wahl als auch für die zukünftige Entwicklung auf der Bundesebene?

Als ich diesen Artikel plante, im März nach der Wahl in Hamburg und vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg, war dies meine Hoffnung. Die Bundesregierung stümperte mehr schlecht als recht vor sich hin und die Wahlen in den Ländern erschienen als Chance für die Wählerinnen und Wähler, ihrem Unmut hierüber Ausdruck zu verleihen. Inzwischen sind fünf der Landtagswahlen vorüber und die schwarz-gelbe Regierung im Bund ist immer noch im Amt. Aber die Wahlen verliefen so unterschiedlich, dass die Hoffnung, eine zusammenhängende Analyse der Wahlen verfassen zu können, nicht aufging. Einer absoluten Mehrheit in Hamburg und dem überzeugenden Wahlsieg in Bremen

steht die Stagnation in Sachsen-Anhalt, wo die SPD hinter der CDU und den Linken nur dritte Kraft geworden ist, gegenüber. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz führten zwar zu Regierungsbeteiligungen, doch zufriedener sein können wir nicht mit ihren Ausgängen. Kurt Beck verlor fast zehn Prozentpunkte der Stimmanteile und kann nicht mehr mit absoluter Mehrheit regieren. Die Grünen gewannen mehr als die SPD verlor. Anders gestaltete sich die Wahl in Baden-Württemberg, wo die SPD zwei Prozentpunkte verlor und mit Nils Schmid nun Juniorpartner in einer grün-roter Koalition ist.

Aber welche Analyse kann man aus diesen so unterschiedlichen Wahlen ziehen, welche Prognose hieraus für Berlin wagen?

Die Zeitungen unterscheiden sehr stark die Ursachen für diese sehr differenzierten Wahlausgänge. Einerseits das naheliegende Unglück in Fukushima dessen Folgen. Die tragische Katastrophe, die am 11.03. durch ein Seebeben begann und sich in den folgenden Monaten bis zum heutigen Tag hin zu einer nuklearen Katastrophe ausweitete, änderte in letzter Konsequenz auch die deutsche Parteienlandschaft. Überall haben die Grünen Wähler hinzugewonnen, bei den Wahlen nach Fukushima deutlicher als davor. Während es in Rheinland-Pfalz relativ klar die 10% sind, die der SPD dann fehlten, verteilte sich die Last in den anderen Bundesländern eher gleichmäßig auf mehrere Parteien (Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg) oder sorgte wahrscheinlich nur für ein geringeres Wachstum der SPD (Bremen).

Natürlich berücksichtigt die Presse in ihren Analysen auch sehr stark die politische Situation in den jeweiligen Ländern. Regionale Besonderheiten werden als Erklärungen für die unterschiedlichen Wahlausgänge herangezogen. So ist beispielsweise ein Tenor der Kommentare, dass Stadtstaaten für Wahlen ein Terrain darstellen, das man nicht mit den Wahlen in Flächenländern vergleichen kann. Hamburg und Bremen würden demnach zwar nicht als möglicher Trend für den Bund oder andere Flächenländer gelten, könnten für die Berliner Wahl aber Anhaltspunkte liefern. In beiden Stadtstaaten hat die SPD, unter



verschiedenen Voraussetzungen, gewonnen. Olaf Scholz und Jens Böhrnsen gewannen, der eine als Herausforderer einer in sich zusammenfallenden CDU, der andere als souveräner Amtsinhaber. Beide hatten schwache und kaum bekannte Gegenkandidaten, die teilweise sogar in ihrer eigenen Partei wenig Rückhalt genossen.

Allein dies zeigt schon, dass auch diese beiden Wahlen für Berlin keinen Anhaltspunkt liefern können. Renate Künast ist zwar nicht so beliebt wie Klaus Wowereit, doch bei weitem nicht so blass wie Ahlhaus in Hamburg oder Mohr-Lüllmann in Bremen. Viel hängt demnach (und auch das ist der Tenor fast aller Kommentare zur Berliner Wahl) von den Spitzenkandidaten ab.

Fast folgerichtig ist der Landeshwahlkampf bis-

her ein Duell zwischen Wowereit und Künast, der Rest scheint bisher fast austauschbar („Für Frühschicht und Späti“ bei den Grünen und: „Kotti und Ku’damm“ bei uns). Nur: Reicht das? Und: Ist diese Strategie langfristig gut für uns?

Aus meiner Sicht kann man zumindest die zweite der Fragen klar mit „nein“ beantworten. Wo eine Partei landet, die außer dem Kandidaten kein Programm und kein Konzept hat, konnte man nicht zuletzt in Hamburg am Beispiel der CDU nach von Beust beobachten. Mag es mit der momentanen Strategie und der Zentrierung auf Klaus Wowereit dieses mal wieder klappen, was langfristig passiert, weiß niemand. Die SPD braucht auch starke Kandidaten und Kandidatinnen, vor allem braucht die SPD aber ein überzeugendes und starkes Programm, einen Plan und ein Konzept.

IMPRESSUM

Die Propagandistin ist die Mitgliederzeitung der Abteilung 16 – Grünes Dreieck in Berlin Mitte

Redaktion und AutorInnen:
Johannes Berger, Susanne Fischer, Nike Marquardt, Martina Matischok-Yesilcimen, Nikolaus Kilian (CvD), Ilkin Özisik, Udo Sack, Andreas Wiedermann, Hanno Winter, Julian Zado

Layout und Satz: Nike Marquardt

Für die Bilder danken wir Nadine Lind und Siemen Dallmann

Koordinator und V.i.S.d.P.: Andreas Wiedermann, Triftstraße 7, 13353 Berlin

Kontakt: propagandistin@gruenes-dreieck.de

INTERNATIONALES

Anmerkungen zur griechischen Schuldenkrise

Laut Umfragen sind 60 % der Bundesbürger gegen jede weiteren finanziellen Hilfen für Griechenland, also wird dieses Thema auch im Berliner Wahlkampf eine Rolle spielen. Auf den Anwurf »Hier in Berlin soll weiter gesparrt werden, aber für die Griechen sind die Milliarden da ...« braucht man eine überzeugende Antwort, die die SPD bislang nur in Ansätzen hat.

von Johannes Berger

Das Thema ist deshalb so brisant, weil ich mit Erschrecken feststelle, wie schnell sich Feindbilder (»faule Griechen«) produzieren lassen wenn es um Geld geht. Die schon länger feststellbare Renationalisierung der Politik wird durch Rechtspopulisten verschärft, die wie die »Wahren Finnen« oder die FPÖ das Eurothema für sich entdeckt haben. Sollte der Euro tatsächlich kippen, könnte über kurz oder lang die ganze EU auseinanderfliegen und wir wären wieder im Europa der Zwischenkriegszeit. Auf diese Gefahren hinzuweisen ist richtig und notwendig, aber nur dann erfolgreich, wenn es für die Finanzkrise überzeugende Konzepte gibt.

Gibt es Alternativen zum Euro?

Politik ist nie alternativlos, allerdings sind in diesem Fall die Alternativen schlechter als der Status quo. Wer z. B. den Ausschluss Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion (EWU) fordert, befördert damit eine Spekulation darauf, dass auch noch andere Schuldnerstaaten den Euro-Raum bald verlassen werden. Für Deutschland wären, ausgelöst durch steigende Spekulationen, ein höherer Druck auf die Löhne und die Verlagerung von Industriearbeitsplätzen ins Ausland die wahrscheinlichen Folgen.

Wenn nun andererseits Griechenland, weil es den kolonialähnlichen Bedingungen seiner Gläubiger nicht mehr Folge leisten kann und will, von sich aus den Euro aufgibt, zur Drachme zurückkehre und gleichzeitig ein einseitiges Schuldenmoratorium ausriefe, dann begäbe es sich auf unbekanntes Terrain und ginge große Risiken ein. Die dadurch gewonnene Freiheit, die eigene Währung auf- und abwerten zu können, könnten die Griechen nicht nutzen. Griechenland ist auf Öleinfuhren angewiesen, die es im Falle eines Austritts aus der Eurozone nicht bezahlen könnte.

Weiterhin ist in Griechenland in den drei Jahrzehnten EU-Mitgliedschaft die Industrieproduktion gesunken. Der Tourismus wäre im Fall einer eigenen Währung der wichtigste Devisenbringer. Jedoch ist dieser Sektor auch auf erhebliche Importe angewiesen. Griechenland würde dann zwar keine Zinsen auf seine (Auslands)schuld mehr zahlen, der Staat hätte aber trotzdem wohl nicht genug Geld, um Gehälter und Renten zu zahlen. Private griechische Schuldner hätten gegenüber ausländischen Gläubigern ebenfalls große Probleme, weil sie in Euro zurückzahlen müssen und der Kurs der Drachme niedrig sein würde. Dies erklärt, weshalb es zwar die Idee eines Austritts aus der Eurozone gibt, sozusagen als Befreiungsschlag, aber keinen konkreten Plan.

Die Besonderheiten von Staatsschulden

Wenn Privatpersonen und Unternehmen auf Dauer mehr ausgeben als sie einnehmen, dann gehen sie pleite und müssen Insolvenz anmelden, wofür es präzise gesetzliche Regelungen gibt. Wenn Staaten sich verschulden, dann können sie sich bei ihren Bürgern und im Ausland neues Geld besorgen, entweder durch Steuererhebungen oder die Ausgabe von Anleihen, für deren Bedienung der Staat haftet und die deshalb als besonders sichere Kapitalanlageformen gelten.

Ab wann ist aber Staatsverschuldung zu hoch ist, um durch neue Anleihen Schulden aufnehmen zu können? Hierfür gibt es zum einen die Schuldenstandquote, worin sich das Verhältnis der gesamten Staatsschulden zur Wirtschaftsleistung, gemessen im BIP, ausdrückt. In der Euro-Währungsunion sollen die Schulden



Der griechische Ministerpräsident G. Papandreou

nicht höher als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung sein, tatsächlich beträgt die Quote aber im Moment 85 Prozent. In Griechenland sind es schon 150 und sie lag schon beim Eintritt in die Eurozone bei über 100 Prozent. Dass man auch mit einer Schuldenstandquote von über 200 Prozent eine stabile Währung ohne Spekulationsdruck haben kann, zeigt das Beispiel Japan.

Für die Gläubiger ist die Höhe der staatlichen Zinszahlungen im Vergleich zu den staatlichen Einnahmen ein wichtiges Kriterium. Gegenwärtig werden im Euroraum durchschnittlich 6,2 Prozent der Staatseinnahmen für Zinszahlungen verwandt. In Griechenland sind es zwar 16 Prozent, aber das ist auch nicht wesentlich mehr als beim Eintritt in die Eurozone.

Das dritte Kriterium ist die Nettoneuverschuldung. Diese ist seit Beginn der Krise im Herbst 2007 überall stark gestiegen, weil mittels staatlicher Hilfspakete Banken gerettet und die Konjunktur stabilisiert werden mussten. Eigentlich sollte sie laut den Maastricht-Kriterien drei Prozent nicht übersteigen. Die Nettoverschuldung möglichst gering zu halten, ist ein wichtiges Kriterium für die Bonität des Schuldners, d.h. für seine Fähigkeit, auf lange Frist die Zinsen zu zahlen. Den bestehenden

Schuldenstock absolut zu verringern ist hingegen von zweitrangiger Bedeutung.

Sparen bis zum Geht-nicht-mehr

Innerhalb eines Jahres – von 2009 auf 2010 – hat Griechenland sein Primärdefizit (das sich aus der Differenz der staatlichen Einnahmen und Ausgaben ohne Zinszahlungen berechnet) von 10,4 auf 4,9 Prozent gesenkt. Bei den Krisenprogrammen des Internationalen Währungsfonds beträgt die Verringerung durchschnittlich 1,7 Prozent in zwei Jahren. Aber dieser »Erfolg« hat einen hohen Preis. Die griechische Wirtschaft ist in eine verstärkte Rezession gestürzt worden. Die Wirtschaftsleistung ging 2009 um 2 und 2010 um 4,5 Prozent zurück, während die Arbeitslosigkeit von 8 (2008) auf 14 Prozent stieg. Die Schuldenstandquote steigt damit auch wieder und selbstredend sind damit auch Chancen, dass Griechenland auf dem Kapitalmarkt seine Staatsschulden refinanzieren kann, zunichte gemacht. Die grundlegende Voraussetzung für die Bedienung der Staatsschulden ist wirtschaftliches Wachstum.

Es gibt zwar mittlerweile zunehmend Stimmen, die sich für positive Anreize, ein Konjunkturprogramm oder einen Marshallplan für Griechenland aussprechen, aber nach wie vor gelten harte Sparauflagen. Diese entspringen womöglich weniger mangelnder Einsicht, sondern sind eher absichtlich dekretiert, um Griechenland auszuplündern. Der Staatsbesitz soll zu Billigpreisen an ausländische Investoren verscherbelt werden, die sozialen Errungenschaften der letzten drei Jahrzehnte beseitigt und Griechenland auf Dauer zu einem Niedriglohnland unter ausländischer Kuratel gemacht werden. Jedenfalls passt dazu der koloniale Tonfall, den die Gläubigerseite anschlägt. EU-Politiker wie Jean-Claude Juncker reden offen von »einem Verlust an Souveränität« Griechenlands und in der Presse wird davon geschrieben, dass die griechische Regierung keinen eigenen Handlungsspielraum mehr habe, sich den Vorgaben der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF beugen müsse, um an neues Geld heranzukommen.

Griechische Minister gestehen diese Situation auch unumwunden ein. Die Gefahr des

Legitimationsverlusts des griechischen Staates gegenüber den eigenen Bürgern wird in Kauf genommen. Im Prinzip gilt das auch für die anderen Krisenländer wie Portugal und Spanien, wobei sich deren hohe Arbeitslosigkeit als besonders gefährlicher Sprengsatz erweisen dürfte.

Die Risiken eines Schuldenschnitts

Für Griechenland ist die Möglichkeit eines Staatsbankrotts noch nicht vom Tisch. Seinen Staatsschulden in Höhe von 340 Mrd. Euro wiegen schwer. Ihnen ist mit den bisherigen Rettungspaketen nicht beizukommen. Als Finanzminister Schäuble im Juni vorschlug, die privaten Gläubiger sollten sich obligatorisch an einem neuen Hilfspaket beteiligen, stieß dies in Deutschland auf breite Zustimmung. Denn es ist sehr gerecht, dass nicht nur der Steuerzahler sondern auch diejenigen, deren Kapitalanlagen mit diesen Hilfspaketen gesichert werden, sich an ihnen beteiligen. Das liefe auf einen Schuldenschnitt, der einer teilweisen Insolvenz gleichkommt, hinaus. Allerdings ist ein solches Vorgehen mit erheblichen Risiken und Kosten für die öffentlichen Hände verbunden. Wenn alle Gläubiger auf 50 Prozent ihrer Forderungen gegenüber dem griechischen Staat verzichten, was ein hoher aber notwendiger Forderungsverzicht wäre, dann geraten als erstes die griechischen Banken ins Wanken. Sie halten mittlerweile fast 20 Prozent der Forderungen gegenüber dem griechischen Staat und sie sind sowieso schon von Anlegerflucht betroffen. Müssten sie auf die Hälfte der Forderungen verzichten, wäre ihre Eigenkapitalbasis so sehr belastet, dass sie insgesamt in Gefahr gerieten, ohne dass der griechische Staat sie retten könnte.

Auch die EZB müsste sich auf erhebliche Abschreibungen einstellen. Sie hat nämlich in jüngster Zeit viele Griechenlandanleihen privater Gläubiger in ihren Bestand genommen und die griechischen Banken mit Billigkrediten in Höhe von 85 Mrd. Euro versorgt. Im Falle eines Schuldenschnitts stehen insgesamt Forderungen von 135 Mrd. Euro der EZB gegenüber Griechenland zur Disposition – kein Wunder, dass da EZB-Präsident Trichet strikt gegen eine Gläubigerbeteiligung ist. Da Deutschland 26 Prozent der Anteile an der

EZB hält, könnte das den deutschen Steuerzahler im Falle eines Scheiterns der ganzen Sache maximal 35 Mrd. Euro kosten. Dieses Geld wäre dann tatsächlich futsch, im Gegensatz zu dem Geld das jetzt nach Griechenland fließt. Deutschland kann dieses Geld im Moment für 3,2 Prozent Zinsen auf dem Anleihemarkt aufnehmen und gibt es für 6 Prozent Zinsen an Griechenland weiter. Die ersten Zinszahlungen hierfür sind schon nach Deutschland geflossen.

Bleiben noch die deutschen Banken: Ihre Forderungen gegenüber Griechenland belaufen sich auf 4 Prozent ihres Eigenkapitals, einen Schuldenschnitt könnten sie also leicht verkraften. Kritisch wird es aber für sie, wenn die Anleihespekulation auf Irland und Spanien übergreift, wo deutsche Banken viel stärker engagiert sind. Kommt es hier zu einem Schuldenschnitt, dann stehen kriselnde Institute wie die Hypo Real Estate wieder vor der Existenzfrage.

Schließlich würde ein allgemeiner Schuldenschnitt auch diejenigen Gläubiger treffen, die vor Beginn der jetzigen Spekulationswelle in griechische Anleihen ohne hohe Risikoaufschläge investiert haben. Doch es geht auch darum, den Markt für Staatsanleihen insgesamt stabil zu halten. Erstens sollen die Kredite für die öffentliche Hand nicht so stark steigen, zweitens ist das ein Markt, in dem für viele kleine Sparer (indirekt vermittelt auch über die Sparkassen) langfristige und sichere Anlagemöglichkeiten erhalten bleiben sollen.

Die Konstruktionschwächen der Europäischen Währungsunion

Statt eines Schuldenschnitts könnte Griechenland auch durch eine starke Reduktion seiner Zinszahlungen mittels der Ausgabe von Euroanleihen durch die EWU geholfen werden. Dafür müsste Deutschland nicht sein Geld, sondern seine Bonität einsetzen. Doch um das möglich zu machen, müsste sich einiges ändern. Es bräuchte eine Gesamthaftung aller Mitgliedsstaaten der Währungsunion. Die jetzige Krise legt die Schwächen der Europäischen Währungsunion, so wie sie 1992 im Vertrag von Maastricht konzipiert wurde und seit 1999 realisiert wird, offen.

Sowohl für Deutschland als auch für die anderen Mitgliedsländer der EWU schienen die Vorteile einer gemeinsamen Währung zu überwiegen. Schließlich standen auch die Kandidaten für die Aufnahme in die Währungsunion Schlange. Endlich eine stabile (harte) Währung zu besitzen, das erschien für die südeuropäischen Länder von Portugal bis Griechenland als ein so großer Vorteil, dass man dafür im Vorfeld auch alle geforderten Sparbemühungen, institutionelle Veränderungen und Stresstests über sich ergehen ließ. Denn eine stabile Währung versprach niedrigere Zinsen und damit wesentlich bessere Investitionsbedingungen zu Hause.

Genau dies funktionierte auch neun Jahre lang, doch dann kam die große Krise mit wieder weit auseinanderlaufenden Kapitalmarktzinsen. Dabei wurde deutlich, dass in den Jahren zuvor große Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum aufgebaut wurden. Vor allem Griechenland, Portugal und Spanien importierten wesentlich mehr Güter und Dienstleistungen als sie selbst exportierten. Das schlägt sich in einem wachsenden Leistungsbilanzdefizit nieder, wohingegen Deutschland, sowie Österreich und die Niederlande, einen immer höheren Überschuss erzielten. Dies ist ein Anzeichen dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum auseinanderlief, anstatt, wie man dies bei einer gemeinsamen Währung erwarten sollte, sich diese annäherte.

Bis 2008 sahen die EZB und die EU-Kommission in diesen Leistungsbilanzungleichgewichten auch kein größeres Problem, vielmehr fokussierten sie sich auf die Einhaltung des Euro-Stabilitätspakts und feuerten mit der Lissabon-Strategie einen Wettbewerb zwischen den EU-Staaten um die besten Investitionsbedingungen an.

Die Lissabon-Strategie wurde ganz von der Angebotsseite her gedacht und der Staat wurde fälschlicherweise wie eine Firma betrachtet, die sich im Produktivitätswettbewerb bewähren müsse. Wer die niedrigsten Steuern und Löhne hat, bietet demnach die besten Investitionsmöglichkeiten. Die Sieger des Wettbewerbs sind die heutigen Krisenländer. Griechenland und Irland konnten mit den

niedrigsten effektiven Steuersätzen aufwarten und in Portugal beträgt der gesetzliche Mindestlohn 475 Euro im Monat. Irland galt wegen der Ansiedlung von Hightech-Firmen etliche Jahre als der »keltische Tiger« und in Spanien sind zwischen 1995 und 2007 sieben Millionen neue Arbeitsplätze entstanden.

Doch in diesen Fällen wurde die sich dort entwickelnde Immobilienblase geflissentlich übersehen. Denn wenn die Preise für Häuser steigen, dann wird das in der gängigen volkswirtschaftlichen Klassifizierung nicht unter der Rubrik »inflationäre Entwicklung« verbucht sondern als Wertsteigerung bezeichnet. Am Ende platzten die Immobilienblasen und die internationalen Kapitalanleger ergriffen schleunigst die Flucht, der Staat musste mit finanziellen Rettungspaketen einspringen und geriet flugs in die roten Zahlen.

Die jetzige Situation als Staatsschuldenkrise zu bezeichnen, passt ganz gut ins ideologische Weltbild der vorherrschenden monetaristisch orientierten Ökonomie. So kann man sicherstellen, dass die Kosten für die Rettung von Banken, Boni und anderer systemrelevanter Elemente des Wirtschaftssystems von Steuerzahlern und den Empfängern sozialstaatlicher Leistungen getragen werden. Ein Credo der monetaristischen Ökonomen lautet, dass für die Beseitigung von Defiziten gleich welcher Art immer nur die Defizitländer verantwortlich sind, ganz nach dem Motto: Der Schuldner ist immer Schuld.

Tatsächlich aber ist der größte Teil der Leistungsbilanzdefizite in den Krisenländern nicht durch staatliche Ausgaben sondern private Importe und Kredite verursacht. Dass die Defizitländer alleine ihr Defizit nicht abbauen können, zeigt das Beispiel Griechenland. Die Überschussländer müssen sich konstruktiv an der Beseitigung der Ungleichgewichte beteiligen. Im 21. Jahrhundert gegenüber den Defizitländern mit kolonialer Attitüde als Insolvenzverwalter aufzutreten ist nicht akzeptabel und andauernd Rettungspakete zu schnüren wenig praktikabel.

Die Existenz beachtlicher Leistungsbilanzungleichgewichte im Euro-Raum zeugt von erheblichen Unterschieden in der interna-



Der Parthenon auf der Athener Akropolis.

tionalen Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedsstaaten der EWU. Die Defizitländer importieren mehr als sie exportieren, weil ihre Produktivität geringer ist und sie preislich deswegen nicht mithalten können. In einer Währungsunion führt das zu Schuldenkrisen. Würden sie hingegen weiter ihre eigene Währung besitzen, könnten ihre Zentralbank diese gegenüber anderen Währungen abwerten und damit den Wert der eigenen Währung gegenüber Fremdwährungen senken. So würden deren Exporte günstiger im Ausland. Im Gegenzug würden Importe teurer werden, damit stiegen im Inland auch die Inflation und die Zinsen für die inländische Wirtschaft. Eine merkliche Verbesserung der (preislichen) internationalen Wettbewerbsposition bzw. des Devisenerlöses träte allerdings nur dann ein, wenn die Volkswirtschaft einen hohen Offenheitsgrad besitzt, d. h. wenn Exporte und Importe im Vergleich zum BIP einen hohen Prozentsatz ausmachen. Die Zentralbanken der Überschussländer geraten im Falle einer frei konvertierbaren

Währung in Aufwertungsdruck, weil ihre Währungen verstärkt nachgefragt werden. Da eine Aufwertung einer Verteuerung der eigenen Exporte verursacht, verschlechtert sich die internationale Wettbewerbsposition und so werden die Überschüsse wieder abgebaut. Diese Regulierung von Leistungsbilanzungleichgewichten in einem System freier Wechselkurse ist ein in der Regel kostspieliger Prozess – vor allem für die Zentralbanken, die sich gegen Spekulanten wehren müssen.

Eine Skizze der Lösung und wie die Sache ausgeht

Für den Keynesianer Heiner Flassbeck ist es unerlässlich, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in den Relationen bewegen, die durch die jeweils erreichte Produktivität gesetzt sind, wenn es zu keinen inakzeptablen Leistungsbilanzungleichgewichten in einer Währungsunion kommen soll. Das entscheidende Instrument hierfür ist die Lohnpolitik, die sich nach keynesianischer

Lesart entsprechend der Produktivität entwickeln sollte. Genau dies ist laut Flassbeck nicht geschehen. In Defizitländern wie Spanien und Griechenland sind die Löhne stärker gestiegen als die Produktivität und in Deutschland ist in der letzten Dekade aufgrund der starken Zurückhaltung bei den Lohnabschlüssen und durch den Aufbau eines großen Niedriglohnsektors infolge der Agendapolitik die Lohnentwicklung deutlich hinter der Produktivitätsentwicklung zurück geblieben. Damit sind in Deutschland die Lohnstückkosten gefallen während sie in den Defizitländern zu stark gestiegen sind und so hat sich die preisliche Wettbewerbssituation der Defizitländer verschlechtert.

Eine stabile Währungsunion ist letztlich auf wirtschaftliche Konvergenz angewiesen und nicht auf den Wettbewerb zwischen ihren Mitgliedsländern. Das hat mittlerweile auch die EU-Kommission in Brüssel teilweise eingesehen und so steht der Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte jetzt auch in ihrem wirtschaftspolitischen Pflichtenheft für die Mitgliedsregierungen.

Doch die Regierungen der 17 Mitgliedsländer der EWU stehen hier vor unlöslichen Aufgaben. Denn sie haben keine währungspolitische

Instrumente mehr, weil der Euro für sie faktisch eine Fremdwährung ist, auf die sie trotz ihrer Einlagenbeteiligung an der EZB keinen Einfluss haben. Während es für sie schon schwierig ist die haushaltspolitischen Vorgaben umzusetzen, ist es schlicht unmöglich die lohn- und inflationspolitischen Zielvorgaben zu realisieren, es sei denn durch eine staatlich dekretierte Lohnpolitik, die es abgesehen von Dänemark nirgends in der EU gibt. Insofern erweisen sich die keynesianschen Rezepte für eine stabile Währungsunion mit 17 souveränen nationalen Regierungen als nicht praktikabel.

Der Ausweg aus diesen Dilemmata weist in Richtung bundesstaatlicher Strukturen in Europa. Der große genuine ökonomische Vorteil einer Währungsunion ist das größere Währungsgebiet mit einer Geldpolitik (Bestimmung über Zinsen), die bei den Sachinvestoren zu höheren Investitionen führt und dem Euro die Chance auf den Status einer Reservewährung eröffnet. Diese Vorteile können natürlich auch in einem Bundesstaat wahrgenommen werden. Entscheidend ist dabei, dass eine gemeinsame Wirtschaftspolitik gemacht wird, wohingegen die Koordination von 17 nationalen Wirtschaftspolitiken äußerst schwierig bis unmöglich ist.

Bislang krankt die EU insgesamt daran, dass in Brüssel viele Vorgaben für die Mitgliedsländer gemacht werden, aber hier praktisch wenig umgesetzt wird. Das eigene EU-Budget muss groß genug sein, um die makro-ökonomische und soziale Entwicklung steuern zu können. Es gibt viele Varianten einer föderalen Ordnung, die für die einzelnen Teilstaaten große eigene Entwicklungsmöglichkeiten lassen (z. B. Indien). Die USA sind übrigens eine Währungsunion, in der die einzelnen Bundesstaaten pleitegehen können.

Nun haben Kritiker des Euro schon immer gesagt, dass vor der Einheitswährung die politische Einheit in Europa hätte hergestellt werden müssen. Insofern ist die Währungsunion auch ein Experiment, welches kurz davor steht entscheidende Erkenntnisse zu liefern.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel musste leider aufgrund seiner Länge teilweise stark gekürzt werden. Den ungekürzten und vollständigen Artikel könnt ihr auf unserer Website <http://gruenes-dreieck.de/> lesen.



Das griechische Parlament auf dem Syntagma-Platz in Athen.

AG Partizipation & Integration

Unsere Abteilungs-Ag Partizipation und Integration arbeitet kontinuierlich daran, sich im Sprengel- und Brüsseler Kiez mit Vereinen und Initiativen zu vernetzen.

Sie unterstützt Projekte, die sich darum bemühen, das Leben und das Miteinander in unseren Kiezen zu verbessern.

Außerdem beschäftigt sie sich intensiv mit integrations- und kiezpolitischen Themen.

Wer Interesse hat mitzumachen kann sich bei Matthias Speidel melden:

speidel.matthias@googlemail.com

EINDRÜCKE AUS DER 16



Straßenwahlkampf der 16. Abteilung am Leopoldplatz mit Kandidat Ilkin Özışik.



Diskussionsveranstaltung zum Sanierungsgebiet Müllerstraße mit Ilkin Özışik.

DAS POLITISCHE LIED

Das »Bürgerlied« ist ein 1845 wahrscheinlich von Adalbert Harnisch (1815-1889) geschriebenes Volkslied. Ursprünglich für den Bürgerverein der Stadt Elbing (heute Elbląg) geschrieben, entwickelte es sich rasch zu einem beliebten Lied zunächst in der nationalliberalen Bewegung und der Revolution von 1848, sowie später in der Arbeiterbewegung. (zitiert nach Wikipedia)

Ob wir rote, gelbe Kragen,
 Helme oder Hüte tragen,
 Stiefel tragen oder Schuh',
 oder ob wir Röcke nähen
 und zu Schuhen Drähte drehen,
 das tut, das tut nichts dazu.

Ob wir können präsidieren,
 oder müssen Akten schmieren
 ohne Rast und ohne Ruh;
 ob wir just Collegia lesen,
 oder aber binden Besen,
 das tut, das tut nichts dazu.

Ob wir stolz zu Rosse reiten,
 oder ob zu Fuß wir schreiten,
 immer unser'm Ziele zu;
 ob uns Kreuze vorne schmücken
 oder Kreuze hinten drücken,
 das tut, das tut nichts dazu.
 Aber ob wir Neues bauen,
 oder Altes nur verdauen,
 wie das Gras verdaut die Kuh;
 ob wir in der Welt was schaffen,
 oder nur die Welt begaffen,
 das tut, das tut was dazu.

Ob wir rüstig und geschäftig,
 wo es gilt zu wirken kräftig,
 immer tapfer greifen zu;
 oder ob wir schläfrig denken:
 „Gott wird's schon im Schlafe schenken“,
 das tut, das tut was dazu.

Drum, ihr Bürger, drum, ihr Brüder,
 alle eines Bundes Glieder:
 Was auch jeder von uns tu!
 Alle, die dies Lied gesungen,
 so die Alten, wie die Jungen,
 tun wir, tun wir was dazu!

Politik mit dem ganzen Herzen, nah am Menschen!

Ich bin İlkin Özışık,
Ihr Direktkandidat der SPD für den
Sprengel- und den Brüsseler Kiez,
sowie für Moabit-Nord.



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Chancengleichheit durch Bildung
und Integration. Das ist mir eine
Herzensangelegenheit. Der Blick
auf die Situation im Wedding und in Moabit zeigt, dass in
unserer von Vielfalt geprägten Gesellschaft soziale Sicherheit
und die Chance auf Teilhabe für alle Menschen nur durch gute
Bildung und Ausbildung garantiert werden kann.

Wir brauchen eine gute und vorausschauende Politik für unseren
Bezirk Mitte und für das Land Berlin. Gute Arbeit und faire Löhne,
gelungene Integration, wirtschaftliches Wachstum und sozialer
Zusammenhalt müssen dabei im Zentrum stehen.

Dafür will ich mich einsetzen!

Ihr İlkin Özışık

SPD